

Die Welt

02.05.2016

Darum ist unser Rentensystem besser als sein Ruf

von Michael Heise

Dass in einem Vorwahljahr über Rentenerhöhungen diskutiert wird, ist wenig erstaunlich. Dass aber selbst in der politischen Mitte Positionen vertreten werden, die wesentliche Elemente der Rentenreformen der letzten zwei Jahrzehnte rückabwickeln würden, ist schon bemerkenswert. Die Riester-Rente wäre nicht in der Breite angenommen worden, daher gäbe es keine Kompensation für die relative Absenkung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung. Ebenso seien immer mehr Rentner auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen. Man müsse daher die gesetzliche Rente wieder anheben, nicht nur für Niedrigverdiener, sondern für alle.

Klar, ein Rentensystem muss dynamisch den sich wandelnden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen angepasst werden. Aber unsere derzeitige Rentendiskussion beruht teilweise auf Halbwahrheiten, Angstmacherei und politischem Kalkül. Das Thema Alterssicherung darf in unserer schnell vergreisenden Gesellschaft nicht zum politischen Spielball werden.

Die These etwa, dass schon heute fast die Hälfte aller Rentner von Altersarmut bedroht sind, weil nahezu jede zweite Rente schon heute unter 750 Euro liegt, ist ein Zerrbild der tatsächlichen Lage. Die hohe Anzahl an sehr kleinen Renten kommt vor allem dadurch zustande, dass viele Frauen selbst nur geringe eigene Rentenansprüche aus Kindererziehungszeiten und wenigen Jahren Berufstätigkeit erworben haben. Sie leben aber in der Regel in Haushalten, in denen der Partner ebenfalls Anspruch auf eine oder mehrere Renten hat. Berücksichtigt man überdies, dass die gesetzliche Rente im Durchschnitt nur 64 % der Alterseinkommen ausmacht und Einkunftsarten wie Mieten, Pachten, Betriebsrenten und Lebensversicherungen hinzu kommen, sieht die Lage deutlich anders aus: Der durchschnittliche Rentnerhaushalt liegt derzeit laut Statistischem Bundesamt bei einem durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen von etwa 2460 Euro, verglichen mit 3150 Euro im Durchschnitt aller Haushalte. Diese Zahlen erklären hauptsächlich, warum nur 3% der deutschen Rentner eine Aufstockung ihrer Renteneinkommen auf das Niveau der Grundsicherung beantragen. Der deutsche Staat ist also keineswegs so unsozial, wie es zuweilen behauptet wird.

Richtig ist, dass die zunehmende Zahl von Mini-Jobs und mehr Teilzeitarbeit Auswirkungen auf die Rente hat und mehr Erwerbstätige in Zukunft auf die Grundsicherung angewiesen sein werden. Aber die Lösung kann nicht darin liegen, diese Beschäftigungsverhältnissen einfach abzuschaffen. Welche Arbeitsplätze in einer Marktwirtschaft angeboten werden hängt von Angebot und Nachfrage ab. Mini-Jobs, Teilzeitarbeit oder Leiharbeit werden nicht einfach in Vollzeitjobs umgewandelt, wenn man sie verbietet oder unattraktiv macht. Bei einem Zurückdrehen der Arbeitsmarktflexibilisierung der Schröder Ära wäre vielmehr Arbeitslosigkeit die unmittelbarste Folge. Es ist ja kein Zufall, dass Frankreich mit seinem rigiden Arbeitsmarkt doppelt so hohe Arbeitslosenzahlen zu vermelden hat wie Deutschland. Diejenigen, die nach einer solchen Reform ihren Job verlören, würden dann nur noch über die Arbeitslosenversicherung Rentenansprüche erwerben. Nicht zu vergessen ist auch, dass unter den rund 6,7 Millionen Mini-Jobbern etwa 1,6 Millionen Menschen über 60 sind, die mit solchen Teilzeitjobs ihre Alterseinkommen aufbessern.

Es ist richtig, dass die Lohnentwicklung in Deutschland seit etwa 2000 in Deutschland zurückhaltend war und ein größeres Niedriglohnsegment am Arbeitsmarkt entstanden ist.

Die moderaten Lohnerhöhungen waren zu einem guten Teil die Korrektur früherer Übertreibungen, und sie haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Massenarbeitslosigkeit von über 5 Millionen Menschen in 2005 überwunden werden konnte. Eine Kehrtwende in dieser Politik würde diese Fortschritte aufs Spiel setzen. Aber der Staat kann einiges tun, um die Folgen niedriger Löhne für die Renten zu entschärfen. Ein Weg wäre es, die Abgabenbelastung, die schon bei geringen Einkommen recht hoch ist, zu vermindern. Eine alleinstehende Verkäuferin – häufig zitiertes Talkshow Beispiel - , die 1400 Euro netto pro Monat verdient, und daher wenig für die eigene Altersvorsorge sparen kann, führt rund 700 an Steuern und Sozialbeiträgen an den Staat ab. Vielleicht sollte man – wie einst Gerhard Schröder – daran erinnern, dass wohlgemeinte Verbesserungen der Sozialleistungen, wie etwa Mütterrente, Frühverrentung oder die geplante Lebensleistungsrente, auch von mittleren Einkommensgruppen und Geringverdienern durch höhere Beitragssätze finanziert werden müssen. Die hohe Abgabenlast schon in unteren Einkommenssegmenten sollte korrigiert werden. Da die Umverteilung vor allem über das Steuersystem stattfindet, sollten ein späteres Einsetzen der Lohnsteuer oder Elemente einer negativen Einkommenssteuer bei Geringverdienern in Erwägung gezogen werden.

Es ist auch keine Lösung, dass man einfach den Arbeitgebern die Zusatzrechnung für ein erhöhtes Rentenniveau in unserem Umlagesystem überlässt. Auch das würde Arbeitsplätze gefährden. Denn wie viele Jobs ein Unternehmen schafft, hängt nicht davon ab, wie sich die Kosten auf Sozialleistungen und Barlohn aufteilen, sondern von den Gesamtkosten, die das Unternehmen im Marktwettbewerb dann wieder erwirtschaften muss. Erhöht man den Arbeitgeberbeitrag auf die Lohnsumme, dann werden einige Jobs unrentabel und somit gestrichen. Weder Arbeitnehmern noch Sozialversicherungen ist damit gedient. Auch das sollte nach der Arbeitsmarktmisere von rund 15 Jahren in Erinnerung geblieben sein.

Weitere Vorschläge gehen davon aus, dass sich das Rentenproblem lösen lässt, wenn alle - auch Beamte und Selbstständige - in die staatliche Rentenversicherung einbezahlen. Dadurch würden sofort erhebliche Mehreinnahmen entstehen, während die Ansprüche der neuen Beitragszahler erst zu späterer Zeit wirksam werden. Die langfristigen Belastungsprofile der Rentenversicherung verbessern sich dadurch jedoch grundsätzlich nicht. Die Gefahr ist eher, dass die für einige Jahre gute Einnahmesituation nicht für Rücklagenbildung, sondern für Mehrausgaben verwendet wird. Eine solche Politik würde die Zukunftsprobleme der Umlageversicherung massiv verstärken.

Die Forderungen nach einem wieder höheren umlagefinanzierten Rentenniveau werden vor allem dadurch begründet, dass die kapitalgedeckte Altersvorsorge bei dem aktuellen Niedrigzinsniveau keine adäquate Kompensation bietet. Richtig ist, dass die durchschnittliche Verzinsung von Vorsorgevermögen aufgrund des allgemeinen Zinsrutsches und der Negativzinsen von Zentralbanken deutlich gefallen ist. Das gilt insbesondere auch für die Riester-Rente, die gemäß Vorgaben mit einer Beitragsgarantie sowie einer lebenslangen Rentenzusage ausgestattet ist, was nicht unbeträchtliche Kapitalkosten verursacht. Das niedrige Zinsniveau macht private Vorsorge fürs Alter aber nicht überflüssig, sondern, im Gegenteil, noch wichtiger. Wer die Riester-Rente jetzt in pauschaler Weise schlecht redet, schadet gerade den unteren Einkommenschichten, die aufgrund der hohen Barzulagen für Eheleute und Kinder besonders von Riester profitieren könnten.

Hier sind wir beim wahren Kern der Rentendebatte angelangt: Das Niedrigzinsniveau erzeugt rentenpolitischen Handlungsbedarf. Zum einen sollten die Bedingungen für die betriebliche Altersvorsorge durchgreifend verbessert werden. Sinnvoll wäre es zum Beispiel, für Arbeitnehmer in unteren Lohngruppen Zulagen wie bei Riester einzuführen, da diese Arbeitnehmer kaum von Steuervorteilen profitieren. Zum anderen muss auch für Geringverdiener, Solo-Selbstständige und Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiographien etwas getan werden. Naheliegend wäre es, die Anrechnung von Leistungen aus der betrieblichen und privaten Altersvorsorge auf die Grundsicherung zu reduzieren, damit ein Anreiz bestehen bleibt, selbst vorzusorgen. Anstrengungen zur Eigenvorsorge müssen honoriert werden.

Es bleibt zu hoffen, dass die Rentendiskussion sich von gutgemeinten, aber gefährlichen, Vorschlägen abwendet und sich mit dem wahren Reformbedarf beschäftigt. Viele Vorschläge in der derzeitigen Diskussion rütteln indes an den Grundpfeilern der Arbeitsmarkt- und Rentenreformen, die Deutschland aus der tiefen Beschäftigungs- und Schuldenkrise zu Beginn des letzten Jahrzehnts herausgeführt haben – und die in vielen anderen Ländern Europas gerade nachgeholt werden.

Die Rentenreformen der vergangenen zwei Jahrzehnte beruhten auf der richtigen Einschätzung, dass der absehbare Anstieg der Zahl der Ruheständler und der Rückgang der Erwerbstätigen in Deutschland Anpassungen beim Rentenniveau erforderlich machten, um den Anstieg der Beitragssätze für die jeweils aktive Generation zu begrenzen und Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Das scheint nun häufiger in Vergessenheit zu geraten. Dabei haben sich die Fakten nicht grundlegend geändert. Schon in fünf Jahren wird die Zahl der 60- bis 69-jährigen um 1,25 Millionen höher und die der 15- bis 24-jährigen um rund 400.000 niedriger liegen als 2015, der Alterungstrend setzt sich in den Jahren danach selbst in den Szenarien mit höherer Zuwanderung verstärkt fort. Die daraus resultierenden Belastungen für das Sozialsystem werden auch durch eine noch höhere Zuwanderung aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie aus Afrika nicht gemindert werden.

Eine Renten- und Arbeitsmarktpolitik, die sich nur von der derzeit guten Wirtschaftslage leiten lässt und die demographischen Belastungen ignoriert, würde schon bald zu einer Verschlechterung der Beschäftigungs- und Standortbedingungen führen. Deutschland könnte in Europa schnell wieder die rote Laterne übernehmen, die wir vor 15 Jahren bereits hielten.

Link:

http://www.welt.de/wirtschaft/article154963497/Darum-ist-unser-Rentensystem-besser-als-sein-Ruf.html#disqus_thread